

**Statement bei der Pressekonferenz der GEW zu PISA 2003 –
Bundesländervergleich**

Meine Damen und Herren,

nachdem sich die erste PISA-Hektik des gestrigen Tages gelegt hat und wir alle eine Nacht darüber geschlafen haben, möchten wir uns heute noch einmal zu Wort melden und – sofern dies angesichts des dürftigen Datenlage überhaupt möglich ist – eine etwas differenziertere und ruhigere Betrachtung versuchen.

Bevor ich einige Bewertungen der Ergebnisse vornehme, zwei Vorbemerkungen:

1. Die baden-württembergische Kultusministerin hat sich gestern sowohl in Berlin bei der Vorstellung des Vorberichts als auch bei ihrer Pressekonferenz in Stuttgart mit der so genannten Klemm-Expertise „Gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ auseinandergesetzt. Ich finde, sie hat es sich dabei zu einfach gemacht, indem sie die Aussagen der Studie schlicht als falsch und längst widerlegt dargestellt hat. Deshalb will ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, worum es uns geht: In allen PISA-Studien, die vorliegen, ist der Hinweis auf einen möglichen Zusammenhang zwischen ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen und Schulleistungen enthalten und von den Autoren der PISA-Studien jeweils ausdrücklich auch so formuliert worden. Genau dieser Hinweis wird in der Klemm-Expertise aufgegriffen. Klemm selbst schreibt dazu: „Ziel ist es, eine Folie für die Interpretation der Ergebnisse des innerdeutschen Ländervergleichs bei PISA 2003 zu bieten. Damit

sollen andere Erklärungsansätze, die sich auf den Unterricht, die Schulstruktur und die Steuerung des Gesamtsystems beziehen, nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Die Reaktion von Frau Schavan ist daher ziemlich billig und nur mit dem nahenden Wahlkampf zu erklären.

2. Damit bin ich bei der zweiten Vorbemerkung: Die Begleitumstände der gestrigen PISA-Veröffentlichung sind nicht nur ärgerlich, sondern geradezu skandalös. Auf Druck der Politik lässt sich das PISA-Konsortium darauf ein, die Ergebnisse schon jetzt statt erst im Herbst zu veröffentlichen, damit sie im Bundestagswahlkampf beliebig missbraucht und selektiv interpretiert werden können. Dies zeugt nicht von wissenschaftlicher Unabhängigkeit, diskreditiert die Studie in ihrem Wert und macht eine seriöse und differenzierte Auseinandersetzung praktisch unmöglich. Eine ursprünglich sehr differenziert und komplex aufgebaute Untersuchung reduziert sich so auf ein reines Ranking der Bundesländer – dies dürften ernst zu nehmende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eigentlich nicht zulassen.

So weit die Vorbemerkungen – ich will jetzt einige Anmerkungen zu den Ergebnissen machen – wie gesagt, soweit dies aufgrund der dürftigen Datenlage überhaupt möglich ist.

Natürlich freuen wir uns, dass die Leistungen im Vergleich zu PISA 2000 in fast allen Kompetenzbereichen in allen Bundesländern besser geworden sind – Euphorie, wie sie Frau Schavan gestern zur Schau getragen hat nach dem Motto „Baden-Württemberg rückt zur Weltspitze auf“ allerdings ist fehl am Platz. Gerade die Fortschritte in Baden-Württemberg sind eher bescheiden und in keinem Fall auf die in den letzten Jahren eingeleiteten Reformen zurückzuführen. Die Steigerung der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler liegt teilweise unterhalb statistisch signifikanter Veränderung. Hinzu kommt, dass wir überhaupt nicht wissen, in welchem Leistungsbereich die Verbesserung stattgefunden hat – ob

bei den leistungsstarken oder eher bei den benachteiligten 15jährigen Schülerinnen und Schülern. Und genau darin liegt der Skandal, dass sich das PISA-Konsortium dafür hergibt, ein solch dürftiges Machwerk vorzulegen. Es fehlen sämtliche Rahmen- und Hintergrunddaten. Es fehlen Übersichten zu Schulabschlüssen und Bildungsbeteiligung, zu Sitzenbleiberquoten oder zum Zusammenhang zwischen sozialer und ethnischer Herkunft und Schulleistung. Die vorgelegten Ergebnisse sagen auch nichts darüber aus, in welchen Schulformen und welchen Leistungssegmenten sich die Verbesserungen konzentrieren. Man weiß also nicht, ob sich in einem Bundesland das Problem der Chancenungleichheit noch verschärft hat, weil vor allem im oberen Leistungsbereich und in den Gymnasien die Zuwächse erzielt wurden.

Es muss allerdings befürchtet werden, dass – und dafür gibt es in der internationalen Vergleichsstudie 2003 bereits Hinweise – dass die Fortschritte in Deutschland vor allem bei den Schülerinnen und Schülern der Gymnasien stattgefunden haben. Mit anderen Worten: Das Problem der sozialen Herkunft und der Chancengleichheit hat sich möglicherweise weiter verschärft.

Ein zweiter Befund ist offensichtlich: Die Kompetenzunterschiede zwischen den Bundesländern sind nicht kleiner, sondern eher größer geworden und betragen im schlimmsten Fall 1 bis 1,5 Schuljahre.

Völlig inakzeptabel ist der Befund, dass es im Bereich Lesekompetenz so gut wie keine Fortschritte gegeben hat.

Dies belegt, dass die nach PISA 2000 eingeleiteten Reformen eher mittel- und längerfristig angelegt sind und nicht kurzfristig greifen können. Dies gilt sowohl für die Einführung der neuen Bildungspläne als auch für die Sprachförderung im frühkindlichen Bereich sowie für den Ausbau von Ganztagesangeboten.

Deshalb fordern wir die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, umgehend ein kurzfristig wirkendes Förderprogramm auf den Weg zu bringen, das bei der Lesekompetenz ansetzt und

insbesondere die Kinder und Jugendlichen in den Blick nimmt, die jetzt zur Schule gehen und bei denen die Defizite offensichtlich sind.

Wir haben bereits mehrfach vorgerechnet, dass die für individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehende Zeit absolut unzureichend ist und in den letzten Jahren stetig abgenommen hat.

Plakatives Beispiel: An den Grund- und Hauptschulen standen im Schuljahr 2003/2004 insgesamt 7.120 Unterrichtsstunden für Stütz- und Förderunterricht zur Verfügung. Umgerechnet heißt dies, dass jedes Kind an den Grund- und Hauptschulen Anspruch auf knapp 30 Sekunden individuelle Förderung pro Woche hat.

Was ich damit sagen will ist: Es gibt mittlerweile einen breiten Konsens, dass ein wichtiger, wenn nicht der zentrale Ansatzpunkt für die Verbesserung der Leistungen die individuelle Förderung der Kinder ist.

Dies wird zwar mittlerweile von allen gefordert, aber es fehlen die konkreten Maßnahmen, um dieses auch tatsächlich zu erreichen.

Dies hängt zum einen damit zusammen, dass unser Schulsystem nach wie vor hinsichtlich der Organisation des Lernens viel zu starr ist und Förderung in der Regel außerhalb des regulären Unterrichts in so genannten Förder- bzw. Stützstunden stattfindet.

Zum andern hängt es aber auch damit zusammen, dass insbesondere in Realschulen und Gymnasien eher zu anderen Mitteln gegriffen wird, nämlich zum Sitzen bleiben und dem so genannten Abschulen auf eine andere Schulart.

Wir möchten deshalb einen Vorschlag machen, der die Stärkung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit einem konkreten Ziel verbindet.

In Baden-Württemberg bleiben Jahr für Jahr rund 25.000 Schülerinnen und Schüler sitzen. Das sind 2,1 % und – dies muss zur Ehrenrettung baden-württembergischer Schulen gesagt werden – diese Quote bewegt sich deutlich unterhalb des Bundesdurchschnitts. In Bayern bleiben 4 % der Schülerinnen und Schüler sitzen und damit fast doppelt so viel wie in Baden-Württemberg. Spitzenreiter ist Bremen mit einer Quote von 4,4 %.

Sitzen bleiben ist nicht nur pädagogisch fragwürdig, weil damit dem einzelnen Kind nur wenig geholfen wird, sondern auch teuer. In Baden-Württemberg kostet das Sitzen bleiben Jahr für Jahr 123 Mio. Euro. Dieses Geld könnte weit sinnvoller für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern eingesetzt werden.

Wir schlagen also konkret vor, dass sich die baden-württembergischen Schulen das Ziel setzen, in einem Zeitraum von fünf Jahren die Sitzenbleiberquote zu halbieren. Ein Kind soll nur dann nicht versetzt werden können, wenn die Schule belegen kann, dass sie überdurchschnittliche Bemühungen zur individuellen Förderung unternommen hat.

Dies wäre eine ganz konkrete Maßnahme, die sinnvoll Geld einspart, vielen Kindern das Sitzen bleiben erspart und zudem die Schulen motiviert, ihr Augenmerk viel stärker auf die individuelle Förderung zu legen.

Worauf es ankommt ist, dass sich in unseren Köpfen das Bewusstsein entwickelt, dass Sitzen bleiben und „Abschulen“ – wenn überhaupt – die allerletzten Mittel sein dürfen, wenn alle anderen Maßnahmen zur individuellen Förderung nicht erfolgreich waren.

Dass nach Auffassung der GEW auch ein Zusammenhang zwischen fehlender Förderung und Schulstruktur besteht, ist klar und muss nicht besonders betont werden.